

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 25

Artikel: Koexistenz 1970 4. Absicht und Rückwirkung
Autor: Hartl, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095610>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Koexistenz 1970

4

Absicht und Rückwirkung

Von Hans Hartl

Aus sowjetisch-kommunistischer Sicht

Bekanntlich hat Clausewitz den Krieg als eine Fortsetzung der Politik «mit anderen Mitteln» definiert. Genauer wiedergegeben, wendet er sich in seinem berühmten Werk «Vom Kriege» gegen die Auffassung, dass mit dem Kriege «ein ganz anderer Zustand eintrete, welcher nur seinen eigenen Gesetzen unterworfen sei»; vielmehr stelle der Krieg «nichts anderes als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel» dar. Und er fügt dem die Warnung hinzu, den Krieg «niemals vom politischen Verkehr (also von der Politik, aus der er ‚wie aus einem Guss‘ hervorgehe) zu trennen». Geschehe dies dennoch, dann «werden ... alle Fäden des Verhältnisses zerrissen, und es entsteht ein sinn- und zweckloses Ding.»

Im Lichte der Clausewitzschen Definition ist demnach der Krieg nicht das Ende der Politik, sondern deren «Verlängerung» in den Bereich militärischer Gewaltanwendung: die Politik greift zum Instrument des Krieges, und dieser folgt ihren Hauptlinien, die sich «bis zum Frieden fortziehen». Also «bricht» der Krieg nicht als ein selbständiges Ereignis «aus», sondern er verbleibt im Koordinatensystem der Politik, eben als deren Fortsetzung «mit anderen Mitteln». Damit postuliert Clausewitz nachdrücklich den Primat der Politik über den Krieg.

Anders Lenin, der im Exil Clausewitz gründlich studierte und aus dessen Definition des Verhältnisses zwischen Politik und Krieg den Umkehrschluss zog: «Politik ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.» Diese Umkehrung war mehr als nur ein originelles Wortspiel. Schärfer noch als Clausewitz rückte Lenin, der Hauptstrategie der Weltrevolution, die enge Wechselbeziehung zwischen der militärischen und nicht-militärischen Variante der Politik ins Licht; die besondere Bedeutung seines Umkehrschlusses aber lag in der Verschiebung des Primats: Nicht die Politik bedient sich des Krieges als Instrument, sondern, umgekehrt, der Krieg bedient sich der Politik als einer nichtmilitärischen Form des Kampfes; der Krieg ist der eigentliche Dauerzustand, nur seine Mittel wechseln. Lenin legte damit das Wesen jeder kommunistischen Politik als *Kriegshandlung* bloss.

Hans Hartl ist 1913 in Siebenbürgen geboren, war 1937/38 Zeitungskorrespondent in Moskau, leistete bis 1945 Kriegsdienst in der rumänischen Armee. Von 1952 bis 1957 freier Journalist in der Bundesrepublik und seither Abteilungsleiter im Südosteuropa-Institut in München. Buchveröffentlichungen: «50 Jahre sowjetische Deutschlandpolitik» (1967) und «Nationalismus in Rot» (1968).

Die Permanenz des Kriegszustandes ergibt sich aus dem unaufhebbaren Grundwiderspruch zwischen der kommunistischen revolutionären Endzeitlehre und allen andersgearteten philosophischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Systemen. Im Hauptdokument der diesjährigen internationalen Moskauer Parteikonferenz wird nachdrücklich festgestellt, dass dieser «im Weltmassstab bestehende Grundwiderspruch sich vertieft», und der sowjetische ZK-Generalsekretär Breschnew bekräftigte den von Marx und Engels im «Kommunistischen Manifest» vor über 120 Jahren proklamierten ideologischen Kriegszustand in seiner Rede am 7. Juni 1969 mit den Worten: «Die friedliche Koexistenz erstreckt sich nicht auf den Kampf der Ideologien, das muss mit allem Nachdruck betont werden.» Seine Rede gipfelte in dem weltrevolutionären Bekenntnis: «Treu der unsterblichen Lehre von Marx, Engels und Lenin, besitzt die kommunistische Bewegung jetzt gigantische Möglichkeiten, um im Bündnis mit allen antiimperialistischen Kräften neue Siege im historischen Kampf ... für die lichte kommunistische Zukunft der ganzen Menschheit zu erringen.»

Entgegen allen anderslautenden westlichen Versionen halten demnach die Führer des Sowjetkommunismus das Endziel der Weltrevolution und den ideologisch-politischen Kriegszustand «mit allem Nachdruck» aufrecht. Lenin hinterliess ihnen mit der Maxime, dass Politik die Fortsetzung des Krieges sei, eine der Kriegswissenschaft entlehnte Rezeptur zur strategisch-taktischen Handhabung der Politik: Das gesamte kommunistische politische Denken, Planen und Handeln bewegt sich in kriegswissenschaftlichen Kategorien und ist darauf gerichtet, den «Klassenfeind», d. h. die nichtkommunistischen Gesellschaftssysteme und Gegenkräfte, zu «vernichten». Im übrigen gründet sich die marxistisch-leninistische Lehre auf messianistisch-deterministische Endzeitvorstellungen und auf die Erkenntnis «dialektischer Gesetze», die den Welt-sieg des Kommunismus als ein «historisch unausweichliches» Ereignis voraussagen.

Die kommunistische Strategie und Taktik des weltrevolutionären Klassenkampfes schloss ursprünglich den Krieg als bewaffnete Form der Fortbewegung mit ein. Die revolutionäre Expansion über die Kontinente hinweg sollte teils mit politischen, teils mit militärischen Mitteln vorangetrieben werden und schliesslich, nach der Eroberung der entscheidenden strategischen Schlüsselpositionen, in einem vernichtenden «Hauptschlag» gegen den (oder die) Hauptgegner gipfeln. Der «grosse Krieg» war somit als gewaltsamer Durchbruch zur Weltherrschaft eingeplant. Der von Lenin nicht vorausgesehene Uebergang zum Atomzeitalter hat ihn unter den derzeitigen ost-westlichen Kräfteverhältnissen praktisch unmöglich gemacht.

An der Schwelle dieses neuen Zeitalters verlor die Clausewitzsche Definition des Krieges als

Fortsetzung der Politik ihre Gültigkeit. Denn ein mit thermo-nuklearen Superwaffen ausgetragener «grosser Krieg» würde auf beiden Seiten gigantische Untergangskatastrophen auslösen, also die Politik nicht fortsetzen, sondern beenden. Um so grössere Bedeutung erlangte nun die Leninsche Maxime von der Fortsetzung des Krieges mit politischen Mitteln. Eher als die westliche Seite hat die Sowjetführung begriffen, dass das militärische «Gleichgewicht des Schreckens» zwar den «grossen Krieg» unmöglich macht, jedoch seine Austragung «mit anderen Mitteln» dennoch nicht verhindert. Unter den Bedingungen der thermo-nuklearen Zeitenwende entwickelte sie bei gleichbleibenden Zielsetzungen eine «friedliche» weltrevolutionäre Strategie und Taktik, um allüberall die Positionen des «Weltimperialismus zu unterspülen und zu zerstören». Die scheinbar paradoxen Parolen dieser neuartigen weltrevolutionären Strategie lauten «friedliche Koexistenz» und «Entspannung».

Die Generaldevise «Frieden» wurde zum Synonym für die kommunistische Weltoffensive, die vorerst grundsätzlich ohne militärische Gewaltanwendung grossen Stils geführt wird. (Vorerst! denn sobald der Imperialismus» ausreichend «unterspült», d. h. weltstrategisch hoffnungslos ausmanövriert ist, kann durchaus mit einem entscheidenden letzten Hauptschlag gerechnet werden.) Die Sowjetunion verliert sich und dem kommunistischen Lager den Titel «Friedensmacht». Ihre Führer und Parteitheoretiker sprechen von «friedlicher Koexistenz» und von «Entspannung» als dem einzigen Weg zu «Frieden, Demokratie und Sozialismus», von der Notwendigkeit einer «allgemeinen, umfassenden Abrüstung», von «Sicherheit» und «Kampf für den Frieden und Fortschritt» usw. Schon Lenin hat die Gleichung «Frieden = Kommunismus» aufgestellt, indem er postulierte, dass ein echter Weltfrieden erst nach dem Weltsieg des Kommunismus eintreten werde. Das von der kommunistischen «Friedensmacht» verfolgte Weltziel «Frieden» ist somit als ein «Frieden im Kommunismus» zu verstehen. Daraus folgt, dass die in den kommunistischen Deklarationen apostrophierten «Kräfte des Friedens» und «Friedenskämpfer» wie der «Kampf» für den «Frieden» schlechthin in Wahrheit den Weltkommunismus zum Ziel haben, auch wenn sich manche westliche Pazifisten und Neutralisten ihrer prokommunistischen Dienstleistung in Unkenntnis der Gleichung «Frieden = Kommunismus» nicht bewusst sind.

Die nichtkommunistischen Gegenkräfte erscheinen in der Terminologie der «friedlichen Koexistenz» als «Imperialisten», «Friedensfeinde», «Aggressoren», «Militaristen», «kalte Krieger», Fortschrittsfeinde. Für sie gilt die Gleichung *Widerstand gegen den Frieden*, also: «Imperialismus», «Aggression», «Reaktion», «kalter Krieg» usw. Ihren ersten Erfolg erzielte die kommunistische «Friedenspolitik» schon

durch die verwirrende Verwendung von Täuschungsbegriffen, deren tatsächlicher terminologischer Aussagewert auf westlicher Seite oft nicht richtig entschlüsselt wird.

Nach diesen kurzen Hinweisen auf den Vernebelungscharakter der kommunistischen Terminologie nun zur Politik der «friedlichen Koexistenz» selbst.

Die im Westen häufig anzutreffende Meinung, die Sowjetführung habe unter dem Eindruck des atomaren Kräftegleichgewichts und in Erkenntnis der selbstmörderischen Folgen eines thermodynamischen «grossen Krieges» notgedrungen sich in den Zustand des «friedlichen Nebeneinanders» geschickt und ebenso notgedrungen auf ihre weltrevolutionären Zielsetzungen verzichtet, beruht auf einer Missdeutung des kommunistischen Koexistenzbegriffes; insbesondere das Attribut «friedlich» verführt zu der Gleichsetzung von «Koexistenz» und «Frieden». Die der Täuschung dienende kommunistische Formel vom «friedlichen Wettbewerb» der miteinander koexistierenden unterschiedlichen Systeme wird als Angebot zu einer Art Leistungswettkampf missverstanden. In Wahrheit indiziert das Attribut «friedlich» lediglich den Verzicht auf militärische Gewaltanwendung, nicht jedoch auch die Bereitschaft zum Frieden schlechthin, und der «friedliche Wettbewerb» wiederum ist keine sportliche Konkurrenzofferte, sondern die Ansage eines mit allen Mitteln des politischen Krieges geführten Klassenkampfes im Weltmassstab, an dessen Ende die ideologisch-politische Vernichtung aller nichtkommunistischen Systeme und Gegenkräfte stehen soll.

Auf der im November 1960 abgehaltenen Konferenz der 81 kommunistischen Parteien wurde in der Schlusserklärung der Koexistenzbegriff wie folgt definiert: «Friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen bedeutet nicht eine Aussöhnung zwi-

schen der sozialistischen und der bürgerlichen Ideologie... Im Gegenteil, sie bedeutet die Intensivierung des Kampfes der Arbeiterklasse aller kommunistischen Parteien für den Sieg der sozialistischen Ideen». Noch deutlicher formulierte die Zeitschrift «Probleme des Friedens und des Sozialismus» (Nr. 8/1963) die weltrevolutionären Zielsetzungen der kommunistischen Koexistenzpolitik:

«Die Koexistenz von Staaten mit verschiedener sozialer Ordnung, die eine Form des Klassenkampfes zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus ist, schafft, wie die Ereignisse der letzten Jahre zeigen, günstige Bedingungen für die Entfaltung des revolutionären Kampfes aller Völker. Gerade unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz kam es zum Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems, siegte die sozialistische Revolution auf Kuba, verstärkte sich der Schwung der demokratischen und Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern. Die friedliche Koexistenz bedeutet also nicht ‚Anpassung an den Imperialismus‘, nicht ‚Aussöhnung‘... sondern eine Weiterentwicklung des ökonomischen, politischen und ideologischen Klassenkampfes zwischen den beiden sozialen Systemen...»

Im weltumspannenden revolutionären Prozess, so wird weiter ausgeführt, zeichne sich bereits der epochale Uebergang der Welt zum Sozialismus und Kommunismus ab, wobei drei revolutionäre Hauptfaktoren sich miteinander verbänden: 1. das «sozialistische Weltsystem» (also das System der sozialistischen Staaten), 2. die «revolutionäre Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern», 3. die «nationale Befreiungsbewegung» (in den afro-asiatischen Ländern). Im Zeichen der Koexistenz eröffneten sich «immer realistischere Perspektiven für die Erringung der Macht mit friedlichen Mitteln».

Das mag eine allzu optimistische Einschätzung

der weltrevolutionären Erfolgchancen der kommunistischen Koexistenzstrategie sein. Immerhin geht daraus unmissverständlich hervor, dass die Sowjetführung die «friedliche Koexistenz» als eine Fortsetzung des Krieges mit den Mitteln der revolutionären Politik interpretiert und handhabt. Vom ersten der drei aufgezählten drei «Hauptfaktoren» des revolutionären Weltprozesses, dem sozialistischen Staatensystem, wird gesagt, dass ihm die Aufgabe zufalle, «den Imperialismus unter einen ständig wachsenden wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Druck zu setzen», ihm «eine Position nach der anderen zu entreissen.» Dem «ökonomischen Wettbewerb» der beiden Systeme komme dabei eine «erstrangige Bedeutung» zu, und zwar mit dem Ziel, «die Positionen des Imperialismus zu schwächen und die Grundpfeiler der kapitalistischen Ordnung zu erschüttern».

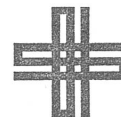
Der «friedliche Wettbewerb» im ökonomischen Bereich unter dem Banner der Koexistenz hat somit einen revolutionär-offensiven Charakter. Dies wird ausdrücklich bekräftigt:

«Der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus sowie der ökonomische Wettbewerb mit dem Kapitalismus — das ist das Hauptkettenglied des weltumspannenden revolutionären Prozesses in der gegenwärtigen Etappe, das ist sein Rückgrat.» Dementsprechend wurde in der Konferenzklärung von 1960 den sozialistischen Staaten aufgetragen, ihr ökonomisches Potential unter Aufbietung aller Kräfte zu steigern:

«Die kommunistischen und Arbeiterparteien betrachten es als ihre internationale Pflicht, die industrielle und landwirtschaftliche Produktion eines Landes... in hohem Tempo zu entwickeln, um durch gemeinsame Anstrengungen in kürzester Frist die historische Aufgabe zu lösen: das kapitalistische Weltsystem im absoluten Umfang der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion zu überflügeln...» «Mit ihrem Bemü-

WEIHNACHTEN

Wir liefern
jedes Buch
festlich
verpackt



Buchhandlung SOI

Jubiläumsstrasse 41, 3000 Bern 6, Telefon (031) 43 12 12

Der Autor des Buches
«Gefoltert für Christus»

Pfarrer Richard Wurmbrand

spricht vom

Glauben der Märtyrer Jesu Christi

Zürich

Samstag, 13. Dezember 1969, 20 Uhr
Züsä-Halle Stadthof (beim Hallenstadion)

Interlaken

Sonntag, 14. Dezember 1969, 20 Uhr
Aula des Sekundarschulhauses

Bern

Dienstag, 16. Dezember 1969, 19.30 Uhr
Heiliggeistkirche (Bahnhofplatz) und
Uebertragung in den Saal der Evangelischen
Gesellschaft, Nägeligasse 9

Basel

Donnerstag, 18. Dezember 1969, 20 Uhr
Stadt-Casino (Barfüsserplatz)

Eintritt frei

Freundlich ladet ein:

Hilfsaktion Märtyrerkirche (HMK), 3601 Thun

hen um die Entwicklung der Produktivkräfte, um die ... Steigerung des Lebensstandards der eigenen Völker ... leisten die sozialistischen Länder einen unmittelbaren Beitrag zur Entwicklung des weltumspannenden revolutionären Prozesses.»

Gewiss «überflügeln» auch hier weltrevolutionäre Wunschbilder die Realitäten des west-östlichen ökonomischen Entwicklungsabstandes; dennoch sei festgehalten, dass die kommunistischen Führer die Wirtschaft erklärtermaßen als ein koexistenzpolitisches Kampfinstrument, als eine «Waffe» zur «friedlichen» Ueberwindung der westlichen Koexistenzpartner definieren und handhaben — ganz im Gegensatz zu der im Westen verbreiteten Auffassung vom «ausserideologischen» Charakter der Wirtschaft und ihrer Funktion als Mittel der Annäherung und Verständigung.

Eine weitere «Waffe» der kommunistischen Koexistenzstrategie ist die in regelmässigen Abständen «im Interesse des Friedens» wiederholte Forderung nach «allgemeiner Abrüstung»: Abgesehen von der damit verfolgten psychologischen Absicht, dem westlichen Friedensbedürfnis immer wieder Hoffnungen zu machen und pazifistische Tendenzen zu nähren, zielen die Abrüstungsangebote auf eine Verschiebung des militärischen Gleichgewichtes und auf revolutionäre Effekte ab. Dies wird aus folgendem deutlich:

«Unmittelbar revolutionäre Bedeutung hat der Kampf der sozialistischen Länder und aller fortschrittlichen Kräfte für die allgemeine kontrollierte Abrüstung. Er trägt zur Isolierung der reaktionärsten imperialistischen Kräfte bei und festigt die Positionen der Demokratie in allen Ländern. Die Abrüstung würde in erster Linie das Verbot und die Vernichtung der Kernwaffen, mit denen der Imperialismus die Völker bedroht, sowie die Liquidierung der ausländischen Militärstützpunkte bedeuten. Auf diese Weise würde die grosse Ueberlegenheit der imperialistischen Staaten ... beseitigt; den Imperialisten wäre die gefährlichste Waffe genommen.»

Daraus geht klar hervor, dass die Parole «Abrüstung» als ein Element des Klassenkampfes im Weltmassstab nicht auf echte friedliche Entspannung, sondern auf die Schwächung des «Imperialismus» und auf weltrevolutionäre Geländegewinne gerichtet ist.

Die kommunistische Koexistenzstrategie schliesst — last not least — auch den Faktor «Entspannung» mit ein, und zwar unter folgenden Gesichtspunkten:

1. «Entspannen» will die kommunistische Seite, voran die Sowjetunion, nur auf der Grundlage des Status quo, dessen ausdrückliche Anerkennung zur Voraussetzung gemacht wird. Die Spannungsursachen (z. B. die Teilung Deutschlands) sollen nicht beseitigt, sondern um des «Friedens» willen de facto und de jure zementiert werden. «Entspannung» also auf der Basis der «Pax Sovietica».

2. Ein solcher Zustand der «Entspannung» würde den «im Weltmassstab bestehenden Grundwiderspruch» (Breschnew) nicht beseitigen, also auch dem Klassenkampf im Weltmassstab kein Ende setzen. Im Gegenteil, die kommunistische Seite würde einen «Entspannungsfrieden» auf der Grundlage des von ihr geschaffenen Status quo als Erfolg verbuchen und zu neuen politischen Offensivaktionen ermutigt werden. (Beispiel: Würde die Bundesregierung die DDR anerkennen und auf den Alleinvertretungsanspruch verzichten, dann müsste damit gerechnet werden, dass sich Pankow das Alleinvertretungsrecht namens des «sozialistischen Deutschland» anzueignen versucht.)

3. Im übrigen ist die kommunistische «Entspannungs»-Taktik als Bestandteil der Koexistenzstrategie darauf gerichtet, das westliche militärisch-politische Verteidigungssystem aufzulockern bzw. aufzubrechen. Bündnisse lösen sich bekanntlich, wenn entweder der gemeinsame Gegner überwunden oder glaubwürdig friedensbereit ist. Die sowjetische Koexistenz- und Entspannungsangebote täuscht Friedensbereitschaft vor. Ihre bisherigen Erfolge lassen sich u. a. an der Krise des westlichen Bündnissystems ablesen.

Aus all dem geht hervor, dass sich die westlichen und östlichen Entspannungsvorstellungen weder inhaltlich decken noch auf gleiche Ziele gerichtet sind. Ebenso scheiden sich die Geister am Begriff «Sicherheit». Die Sowjetführung versteht darunter die Sicherung des Status quo, also der «Pax Sovietica». Darüber hinaus bedeutet «Sicherheit» die optimale Gewährleistung einer weiteren «friedlichen» kommunistischen Expansion im Sinne der Koexistenz, und Entspannungsstrategie.

Die Rückwirkungen auf das sozialistisch-kommunistische Lager

Man darf annehmen, dass die Sowjetführung den Erfolg ihrer Koexistenz- und Entspannungsstrategie noch keineswegs gesichert sieht — entgegen allen ihren optimistischen theoretischen Voraussetzungen. Ebenso wenig übersieht sie die Rückwirkungen dieser Politik auf das eigene sozialistische Lager und auf die kommunistische Bewegung insgesamt. Sie hat mit dem Heraustrreten aus der Stellungskrieg-Konzeption Stalins (Eiserner Vorhang) riskante politische Bewegungsprozesse eingeleitet: Der Westen nahm die Koexistenz- und Entspannungsangebote an und entwickelte seinerseits eine — freilich nicht widerspruchsfreie und einhellig bejahte — Konzeption der «aktiven Ko-

existenz», die unter dem Motto «Wandlung durch Annäherung» auf die im kommunistischen Lager zu beobachtenden Desintegrations- und Reformprozesse einzuwirken versucht.

Dem «weltumspannenden revolutionären Prozess», den die sowjetischen Koexistenzstrategen in der nichtkommunistischen Sphäre erkennen und den sie mit den geschilderten «friedlichen» Mitteln voranzutreiben trachten, steht in der kommunistischen Sphäre ein reformatorischer Krisenprozess gegenüber — zwischen diesen beiden Prozessen gibt es zweifellos eine gewisse Wechselbeziehung. Denn indem sich das sozialistische Lager dem westlichen in der Absicht näherte, es unter Koexistenz- und Friedensparolen revolutionär «aufzuweichen», begab es sich in die Gefahr der Selbstaufweichung durch die Einschleppung «bourgeoiser» Ideeneinflüsse; im westlichen Lager wiederum erhielten linke und linksextremistische Tendenzen infolge der Annäherungspolitik neuen Auftrieb. Die Frage, wer wen erfolgreicher durchdringen und «wandeln» wird, ist noch offen.

Chruschtschews Koexistenzofferte an den Westen war nicht allein vom Sachzwang des thermodynamischen Gleichgewichts des Schreckens diktiert, das eine grundsätzlich «friedliche» Form der weltrevolutionären Kriegführung erforderlich machte. Auch die im kommunistischen Lager nach dem Tode Stalins ausgebrochene Führungskrise, die sich in polyzentristischen Tendenzen und einer drohenden Desintegration des «Ostblocks» manifestierte, zwang zu Entspannungsmassnahmen an der «Aussenfront». Der «polnische Oktober» und der ungarische Volksaufstand 1956, beide eine unmittelbare Folge der von Chruschtschew auf dem 20. Parteikongress der KPdSU eingeleiteten «Entstalinisierung», verdeutlichten drastisch das explosive Stadium der innerkommunistischen Krise: Sie machten offenbar, dass der Aufbau des Sozialismus in den kommunistisch regierten Ländern mit den Mitteln des Terrors allein nicht bewerkstelligt werden konnte — daraus ergab sich für die kommunistischen Parteiführungen die zwingende Notwendigkeit einer Verbreiterung ihrer Popularitätsbasis. Das Prinzip der «friedlichen Koexistenz» und «Entspannung» musste auch auf den innenpolitischen Bereich übertragen werden.

Am augenfälligsten geschah dies in Ungarn, wo Kadar nach seiner Installation durch die sowjetische Interventionsmacht der erdrückenden anti-kommunistischen Mehrheit im eigenen Lande ein «friedliches Nebeneinander» sowie «Entspannungsgespräche» anbot, indem er durchblicken liess, dass die Partei über allfällige Reformen «mit sich reden» lassen werde. Ähnliche Versuche der Systempopularisierung liessen sich auch in anderen sozialistischen Ländern beobachten. Sie fanden ihren Ausdruck teils in vorsichtigen ökonomisch-gesellschaftlich-politischen Liberalisierungsexperimenten, teils in Zugeständnissen an den «nationalen Faktor», wie z. B. vor allem in Rumänien, wo die Parteiführung ihre Volkstümlichkeit durch weitgehende patriotische Bekennnisse mit nachhaltigem Erfolg verbreiterte. Es darf nicht übersehen werden, dass alle diese innenpolitischen Entspannungsmassnahmen der kommunistischen Parteiführungen nur unter den Bedingungen der ost-westlichen «friedlichen Koexistenz» möglich waren. Den anti-kommunistischen Oppositionskräften in den sozialistischen Ländern blieb, nachdem der Westen seine «Befreiungspolitik» («Containment-and-

roll-back-Politik») zugunsten der Entspannungsidee aufgegeben hatte, nur mehr die Möglichkeit, sich mit dem kommunistischen Regime ebenfalls zu «arrangieren». In ihren Augen hatte der Westen 1956 in Ungarn als ideelle Schutzmacht der antikommunistischen Widerstandskräfte im kommunistischen Machtbereich eklatant «versagt»; nun wurde sein Koexistenzarrangement mit dem Sowjetblock als «Desavouierung» der antikommunistischen Opposition empfunden. Die regierenden kommunistischen Parteiführungen wiederum sahen sich unter den Bedingungen der west-östlichen Koexistenz und der dadurch bewirkten «Entmutigung» der antikommunistischen Opposition in die Lage versetzt, ihre Diktatur ohne größeres Risiko zu lockern.

Bald zeigte sich jedoch, dass die von der Sowjetführung an der «Aussenfront» praktizierte Koexistenz- und Entspannungspolitik sowie der Versuch ihrer vorsichtigen Uebertragung auch auf die «Innenfront» die Krise im Ostblock nicht dämpfte, sondern verschärfte. Der chinesisch-sowjetische Konflikt entzündete sich an Chruschtschews These von der «Vermeidbarkeit des Krieges», durch die die «friedliche Koexistenz» zum strategischen Prinzip erhoben wurde, wohingegen Peking auf dem überlieferten Grundsatz der rein taktischen Handhabung der Koexistenz beharrte; freilich bildete dieser theoretische Zwist nur die Oberfläche viel tieferreichender Gegensätze, die nun zutage drängten (Führungs rivalität, vorenthaltene sowjetische Entwicklungshilfen, nationalistische Widersprüche, Territorialkonflikte usw.). Inzwischen hat sich der «Maoismus» zu einer mit den marxistisch-leninistischen Klassikern kaum noch zu vereinbarenden eigenen Lehre herausgebildet.

Immerhin, die sowjetisch-chinesische «Spaltung» erhielt ihren Anstoss durch den Konflikt der beiden Parteiführungen in der Frage der «friedlichen Koexistenz». Ebenso unverkennbare Kausalzusammenhänge zwischen der nach aussen geübten Koexistenz- und Entspannungspolitik und den innerkommunistischen Entwicklungen offenbarten sich im Entsatellierungsprozess, im Eindringen «bourgeoiser» Einflüsse, in den um sich greifenden häretischen Neigungen und reformatorischen Tendenzen, aber auch im Verhältnis der sozialistischen Staaten zueinander. Die rumänische Parteiführung erhob die uneingeschränkte nationale Souveränität zum Primat ihrer Aussenpolitik, und zwar mit ausdrücklicher Berufung auf die «friedliche Koexistenz» als Grundlage der Entspannung und Zusammenarbeit zwischen den Staaten beider Systeme. Die tschechoslowakischen Kommunisten verscrieben sich nach der Beseitigung des Novotny-Regimes einer extrem liberalen Interpretation des demokratischen Sozialismus; nicht genug damit, unternahmen sie Entspannungsübungen in westlicher Richtung, was die Sowjetführung veranlasste, dem «Prager Frühling» ein gewaltsames Ende zu setzen.

Breschnews These von der «begrenzten Souveränität», die darauf abzielt, das sozialistische Lager wieder fester «in den Griff» zu bekommen, sowie der auf der jüngsten Moskauer Konferenz unternommene Versuch des Kremls, die Mehrheit der kommunistischen Parteien auf die sowjetische Linie einzuschwören, ferner die in Breschnews Konferenzrede und im «Hauptdokument» enthaltenen nachdrücklichen Hinweise auf den sich zuspitzenden weltrevolutionären Konflikt — all dies indiziert, dass die Sowjetführung

die gefährlichen Rückwirkungen ihrer Koexistenz- und Entspannungsstrategie auf die kommunistische Sphäre einzudämmen versucht. Wie sich das westliche Gegenkonzept der «aktiven Koexistenz» (Wandlung durch Annäherung) in kommunistischer Sicht ausnimmt, hat das Budapest theoretische ZK-Organ «Tarsadalmi Szemle» in seiner Novemberausgabe 1964 folgendermassen beschrieben:

«Die Imperialisten verzichten auch heute noch nicht auf den Versuch, den Sozialismus zu beiseitigen... jedoch sahen sie sich wegen des veränderten (ost-westlichen) Kräfteverhältnisses gezwungen, ihre frühere Taktik der offenen Drohung mit der sogenannten ‚Befreiung‘ und die wirtschaftliche Blockade aufzugeben. Nun streben sie... nach ‚Auflockerung‘, vornehmlich zum Zwecke der politisch-ideologischen Infiltration. Die Verfechter dieser gegen die sozialistischen Länder angewandten neuen Taktik bauen darauf, dass die Ausweitung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen zwischen den Ländern beider Systeme und die Vermehrung persönlicher Kontakte ihre Pläne begünstigt. Wir und die anderen sozialistischen Länder sehen dieser Herausforderung ruhig entgegen, weil... aus diesem Wettkampf nur der Sozialismus als Sieger hervorgehen kann.»

Die Gelassenheit, die das ungarische ZK-Organ 1964 angesichts der «neuen Taktik des Imperialismus» gewissermassen stellvertretend für alle kommunistischen Parteiführungen zur Schau trug, ist inzwischen einer wachsenden Nervosität gewichen. Sie offenbarte sich auf der Moskauer Konferenz in schrill klingenden ideologischen Abwehrparolen und vorweggenommenen weltrevolutionären Siegesmeldungen. Doch der von Breschnew erneut und mit Heftigkeit proklamierte Klassenkampf im Weltmassstab zur «friedlichen» Ueberwindung des «Kapitalismus-Imperialismus» leidet unter dem Mangel einer hierfür notwendigen kommunistischen «Aktionseinheit».

Schlimmer noch, die Moskauer Koexistenzstrategien sind gezwungen, den «friedlichen» weltrevolutionären Klassenkampf sozusagen nur mit einer Hand auszufechten — denn mit der anderen Hand müssen sie den sich verschärfenden Konflikt mit China meistern und die häretisch-emanzipatorischen Tendenzen im sowjetischen «Block» niederhalten. Sie befinden sich somit in einem ideologisch-politischen Zweifrontenkrieg. Dennoch zeigen sie sich — zumindest bis anhin — nicht bereit, ihre Kampfziele in der einen oder anderen Richtung aufzugeben. ■

Die sowjetische Aussenpolitik im Lichte der eigenen Losungen

Die erstrangige Dritte Welt

Von Laszlo Revesz

Die zu bestimmten Anlässen herausgegebenen aussenpolitischen Losungen Moskaus zeigen die Flexibilität der sowjetischen Aussenpolitik. In dieser Folge wird dargelegt, wie sich die Einstellung zur Dritten Welt und ihren Gruppierungen in den offiziellen Slogans widerspiegelt. Die Vermischung von langfristiger Zielsetzung und Tagespolitik ist hier besonders aufschlussreich.

Dem Problem der Entwicklungsländer wurde eine ständig zunehmende Bedeutung beigemessen. Den Losungen zufolge widmete Stalin diesen Ländern geringere Aufmerksamkeit, und erst seine Nachfolger forcierten die Angelegenheiten der Dritten Welt, z. T. auf Kosten der Aufmerksamkeit für den Westen. Der ausgesprochene Europazentrismus Stalins wurde durch eine objektivere Verteilung der Gleichgewichte ersetzt, und später erhielten die Länder der Dritten Welt die Priorität gegenüber dem Westen. Die Wendung begann 1956.

Wendung nach Stalins Tod

Das Problem der Kolonien bzw. der ehemaligen Kolonien wurde erst nach Stalins Tod aufgegriffen: «Ein brüderlicher Gruss an die kolonialen und abhängigen Länder, welche gegen die imperialistische Unterdrückung, für ihre Freiheit und nationale Unabhängigkeit kämpfen» (Punkt 11, 1953). Dieser «Gruss» wurde in dieser harmlosen Form auch in den kommenden Jahren wiederholt (17/1955, 39/1956 usw.). Gegen das koloniale System bzw. gegen den Neokolonialismus hat man erstmals 1961 Stellung genommen: «Völker der Welt! Kämpft für die vollständige und endgültige Liquidierung des schändlichen Systems der kolonialen Sklaverei. Ihr müsst euch für die sofortige und bedingungslose Befreiung aller kolonialen Länder und Völker einsetzen» (10/1961, 11/1962, 11/1963).

Oder: «Werk tätige aller Kontinente! Vereint euch im Kampf gegen den imperialistischen Kolonialismus, Neokolonialismus, für den Frieden, die Demokratie, die nationale Befreiung und den Sozialismus» (11/1964) bzw.: «Völker der Welt! Kämpft für die endgültige und vollständige Liquidierung des schändlichen Systems der kolonialen Sklaverei, gegen alle Formen der Abhängigkeit vom Imperialismus, gegen die Rasenunterdrückung» (10/1965).

Noch 1956 war die Losung über die kolonialen und abhängigen Länder im letzten aussenpolitischen Punkt enthalten (ebenso 1957), wurde aber 1958 schon unmittelbar vor dem Hochlebenlassen der Freundschaft und Zusammenarbeit mit den westlichen Ländern eingereicht (33/1958). In den späteren Jahren wurden die wichtigeren Entwicklungsländer im einzelnen aufgezählt, während die einzeln nichterwähnten afrikanischen und lateinamerikanischen sowie asiatischen Länder zusammengefasst waren. Erst nach 1967 wurde auf *das Bündnis* der sozialistischen Kräfte und der nationalen Befreiungsbewegung expressis verbis hingewiesen: «Es lebe und festige sich das Bündnis der Kräfte des Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegung — das Pfand des Erfolges im Kampf der Völker gegen Imperialismus, für Freiheit, Unabhängigkeit, Frieden und für den Sieg des Sozialismus» (46/1967), und in einem zweiten Punkt wurden die jungen Entwicklungsstaaten